

An die Presse

VORSTAND:
(LAK-bawue-praesidium@studis.de)

Christoph Bochentin

c/o AStA Uni Mannheim
L 9, 7
68161 Mannheim

Telefon: 0176 810 517 36
cbochentini@gmx.de

Laura Elisa Maylein

c/o AStA Uni Freiburg
Belfortstraße 24
79085 Freiburg

Telefon: 0176 612 435 65
Fax: 0761/203-2034
laura.maylein@gmx.de

08/04/2011

Landes-ASten-Konferenz fordert klare Aussagen bei den Koalitionsverhandlungen

Mannheim (LAK). Die Landes-ASten-Konferenz Baden-Württemberg (LAK) fordert von den an den aktuellen Koalitionsverhandlungen in Baden-Württemberg Beteiligten klare Aussagen und konsequente Handlungen. Nach Jahrzehnten bildungspolitischer Verfehlungen wird es nun endlich Zeit die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren.

Die Wahlprogramme der siegreichen Parteien zeigen viele gemeinsame Punkte auf. Diese gilt es jetzt schnellstmöglich umzusetzen. Ebenso müssen auch andere, in der Öffentlichkeit weitestgehend vernachlässigte, Themen schnell bearbeitet werden.

Die LAK erarbeitete hierzu auf ihrer letzten Sitzung vom 02. bis 03. April 2011 deutliche Forderungen in vier zentralen Bereichen und verdeutlichte damit ihren Standpunkt. Studiengebühren, Mitbestimmung, das Thema Lehramt sowie die Zivilklausel sind erste zentrale Anliegen des landesweiten Vertretungsgremiums.

Bei dem Thema Studiengebühren gehen die Meinungen der Parteien auseinander. Während die SPD, entsprechend der Forderungen der LAK, die sofortige Abschaffung der Studiengebühren jeglicher Art sowie der Verwaltungsgebühren forderten, versprachen die Grünen eine Abschaffung nur für ein Erststudium. Damit ignorieren sie die Bedeutung der Gebühren bei dem Erhalt der sozialen Ungleichheit im Bildungssystem und verschließen sich scheinbar den Argumenten der Studierenden.

Von zentraler Relevanz ist außerdem der Zeitpunkt der Abschaffung der Studiengebühren. "Die mehr als überfällige Abschaffung muss sofort durchgeführt werden. Wir erwarten hier von den Parteien ein entschlossenes Handeln!" sagt Christoph Bochentin und verdeutlicht damit die Position der LAK.

Es liegt nun am Willen der Parteien ihre Versprechen umzusetzen und endlich im Sinne der Studierenden zu handeln. Selbstverständlich muss den Hochschulen eine vollkommene Kompensation aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt werden, die ausnahmslos der Lehre zukommen soll.

Das Thema Mitbestimmung liegt seit über 33 Jahren im Fokus studentischer Vertretung. Die damals undemokratische und durch Scheinargumente gestützte Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft entmündigte die demokratisch legitimierten VertreterInnen der Studierenden. Beide Parteien versprachen vor der Wahl die Verfasste Studierendenschaft wieder einzuführen und somit die Hochschulen zu redemokratisieren. Sogar ein Gesetzestext liegt seit einem Änderungsantrag im Dezember schon vor. "Einer sofortigen Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft steht somit nichts mehr im Wege" hält Christoph Bochentin, Mitglied im Präsidium der LAK, fest.

Ein weiteres Thema von hoher Bedeutung ist das Lehramt. Hier steht eine Novellierung der Prüfungsordnungen an den Pädagogischen Hochschulen an. Dieses Erbe der alten Landesregierung ist mit eklatanten Fehlern übersät und darf von der neuen Exekutive nicht in dieser Form durchgesetzt werden. "Die erneuerten Prüfungsordnungen wurden von dem ehemaligen Ministerium aus dem Boden gestampft, und sollen trotz zahlreicher, offensichtlicher Probleme noch in diesem Jahr umgesetzt werden." sagt Laura Elisa Maylein, weiteres Mitglied im Präsidium der LAK. "Damit wiederholt das Ministerium Fehler der Vergangenheit, da erneut kopflos eine Reform durchgebracht werden soll, die die Betroffenen in eine noch misslichere Lage bringt."

Die Prüfungsordnungen sehen in novellierter Form unter anderem einschneidende Umstellungen im Bezug auf die Schulpraktika vor. Dabei würde dann jährlich eine für die Schulen kaum zu bewältigende Menge an Studierenden zu betreuen sein.

Besorgniserregend ist auch die zunehmend beobachtbare Involvierung von militärischen Akteuren in Bildungseinrichtungen. "Egal ob Bundeswehr oder Rüstungskonzern, egal ob Grundschule oder Hochschule - Militär und Krieg haben an Bildungseinrichtungen nichts zu suchen!" macht Laura Elisa Maylein deutlich. Bestrebungen, diese Entwicklungen zu stoppen, wie die Einführung einer Zivilklausel, wurden in der Vergangenheit innerhalb einiger Hochschulen kontrovers diskutiert, jedoch nur unzureichend umgesetzt. Auch die LAK fordert hier eine klare Positionierung beider Parteien hin zu Bildungseinrichtungen frei von Militär und Krieg!

Kontakt zum Präsidium:

LAK-bawue-praesidium@studis.de

Christoph Bochentin, cbochentin@gmx.de, Tel.: 0176 810 517 36

Laura Maylein, laura.maylein@gmx.de, Tel.: 0176 612 435 65